

# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,  
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

## Schicksalswahl

„Vor der Bundestagswahl vermittelt die Regierung den Eindruck, die Euro-Krise sei vorbei. Doch die Vertuschungsstrategie wird sich bitter rächen. Im Herbst kommen die ungelösten Probleme mit Macht zurück.“ So beschreibt die „Wirtschaftswoche“ die aktuelle Lage der Nation. Und der bekannte Ökonomie-Professor Wilhelm Hankel bringt die Situation so auf den Punkt: „Der Euro in seiner jetzigen Form hat keine Überlebenschance. Sobald die Bundestagswahl in Deutschland gelaufen ist, droht ein politischer Dambruch. Wahrscheinlich kommt es zu drastischen Schuldenschnitten, zunächst in Griechenland, dann in anderen Staaten. Irgendwann werden die Bürger der Zahlländer das nicht mehr mitmachen.“ Klar ist, dass keines der grundlegenden Probleme der Währungsunion gelöst ist. Die Südländer sind nahezu hoffnungslos überschuldet und kaum noch wettbewerbsfähig. Nur mühsam hat der EZB-Präsident Anfang Juli einen offenen Flächenbrand mit dem Versprechen langfristig niedriger Zinsen verhindert. Verschärft wird die Lage durch die stark nachlassende Reformbereitschaft in den Krisenländern und die wachsende Gefahr sozialer Unruhen.

## Stresstest

Das Thema Bankenunion ist im stillschweigenden Konsens der Euro-Länder aus politischer Rücksicht auf die Bundesregierung in den Herbst vertagt worden. Experten bezeichnen Europas Bankensektor als „unterkapitalisiert, zu groß und mit zu vielen Spielern ohne tragfähiges Ge-

schäftsmodell.“ Die an sich vorgesehenen Stresstests sind ebenfalls aus wahltaktischen Gründen verschoben worden. Sicher ist, dass eine seriöse Bestandsaufnahme dramatische Kapitallücken bei zahlreichen Instituten offenbaren wird. Die Grundidee, dass die EZB die etwa 130 größten Banken nach einheitlichen Prinzipien überwachen soll, wird an dieser Misere nichts ändern. Falls Mitgliedsstaaten wie Griechenland, Zypern, Spanien und Portugal die Bankendefizite in ihren Ländern nicht ausgleichen können, wird man versuchen, den vom Volumen überforderten Rettungsschirm ESM zu nutzen. Außerdem wächst der Druck insbesondere Frankreichs auf die Bundesregierung, für die Bankenrettung zusätzliche Fonds zu schaffen und die Einlagensicherung der deutschen Institute anzupapfen. Es bedarf wohl keiner Prophetie, dass die bisher ablehnende Haltung der Bundesregierung nach der Wahl einer angeblich alternativlosen Politik neuer Zugeständnisse weichen wird.

## Taschenspieler

Der frühere BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel rechnet in seinem neuen Buch „Die Euro-Lügner“ mit der „Taschenspielertrick-Mentalität“ der Politiker ab. Zitat: „Das Raffinierte an den Euro-Lügen besteht ja darin, dass man sie nicht als solche erkennen kann. Sie klingen, als wären sie unbestreitbare Wahrheiten, zumal wenn sie von Autoritäten wie der Kanzlerin oder dem Euro-Gruppen-Chef ausgesprochen werden.“ Und sein Fazit lautet: „Die Euro-Zone in ihrer heutigen Form kann nicht funk-

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

tionieren. Die Länder sind zu unterschiedlich, um sie in einen Einheitszins der EZB zu pressen. Für Deutschland ist der Euro zu schwach, für die Krisenländer zu stark.“ Den Hauptkriegsschauplatz sieht Henkel in Frankreich, das zur wahren Bedrohung für den Einheitseuro und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands geworden sei. Nicht die Schwachen würden sich den Starken anpassen, sondern umgekehrt gelte: Harmonisierung durch Nivellierung. Am Ende stehe die Schuldenunion, in der keiner mehr Verantwortung übernehmen müsse. Der Euro sei dabei, Europa zu spalten.

## Im Steuerwahn

Für viele Bundesbürger ist die Wahlentscheidung nur noch eine Frage des kleineren Übels. Das gilt vor allem dann, wenn wirtschaftlicher Sachverstand erkennbar durch ideologische Verblendung und zur Schau getragenes Gutmenschentum ersetzt wird. Neue Maßstäbe setzen hier SPD und Grüne mit ihren Plänen zur Erhöhung von Steuern und Abgaben. Dabei handelt es sich wohlgerne um die beiden Parteien, die kürzlich im Bundesrat die löbliche Absicht blockiert haben, die kalte Steuerprogression durch eine Anpassung der Steuertarife an die Inflation einzudämmen. Im ersten Halbjahr 2013 sind die Steuereinnahmen des Bundes um 3,5% auf den

Rekordwert von 277 Mrd. EUR gestiegen. Gleichwohl will Rot-Grün im Falle einer Regierungsbildung Leistungsträger und Unternehmen gewaltig zur Kasse bitten. So will man die Einkommens-, Erbschafts- und Grundsteuern sowie die Beitragsbemessungsgrenze der Krankenversicherung deutlich erhöhen. Außerdem soll die Vermögenssteuer wiedereingeführt werden. Übersehen wird, dass dieser steuerpolitische Amoklauf auch besser verdienende Mittelschicht-Familien erheblich treffen würde. Mittelständische Unternehmen würden – entgegen allen vernebelnden Sonntagsreden – substantiell belastet und existenziell gefährdet. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat für eine durchschnittliche Kapitalgesellschaft ruinöse Mehrbelastungen von 36% errechnet. Der Verband der Familienunternehmen sieht das deutsche Erfolgsmodell, die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand aller Bürger als bedroht an. Hinter vorgehaltener Hand behaupten rot-grüne Strategen, dass das Eurorettungs-Abenteuer die Erschließung zusätzlicher Finanzquellen erfordere. Spätestens hier bekommt der Wahnsinn Methode: Ist es wirklich sinnvoll, die Zukunft unserer Volkswirtschaft zu gefährden, um die längst hoffnungslose Euro-Retterei noch einige Zeit fortsetzen zu können?